

Rainer Hudemann

Mariannes und Michels Erbfreundschaft?

Deutschland und Frankreich
seit 1945



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

80 1925
2005
80 Jahre für
Soziale Demokratie

Gesprächskreis Politik und Geschichte
im Karl-Marx-Haus

Heft 3

Rainer Hudemann

Mariannes und Michels Erbfreundschaft?

Deutschland und Frankreich
seit 1945

Vortrag vom 17. Dezember 2004
im Studienzentrum Karl-Marx-Haus in Trier

Friedrich-Ebert-Stiftung

ISSN 1860-8280
ISBN 3-89892-382-7

Herausgegeben von Beatrix Bouvier
Studienzentrum Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, Trier

Kostenloser Bezug im Studienzentrum Karl-Marx-Haus
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Johannisstr. 28, 54290 Trier
(Tel. 0651-97068-0)
E-mail: elke.becker@fes.de

© 2005 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Trier

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Printservice von Wirth mbH, Bergheim

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2005

Vorwort

Der Titel des Vortrags, den Rainer Hudemann am 17. Dezember 2004 im Trierer Studienzentrum Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung hielt, hat ein Fragezeichen. Der Saarbrücker Historiker, einer der besten Kenner der deutsch-französischen Beziehungen, hat diesen Vortrag zu einem Essay umgearbeitet und deshalb auf einen wissenschaftlichen Apparat verzichtet. Das Fragezeichen hinter der Erbfreundschaft von „Marianne“ und „Michel“ deutet an, dass die in der allgemeinen Wahrnehmung als gut geltenden deutsch-französischen Beziehungen, die mit Regelmäßigkeit gefeierte deutsch-französische Freundschaft, keineswegs als Selbstverständlichkeit angesehen werden können. Vielmehr muss immer wieder daran gearbeitet werden, um sie begleitende Krisen und Konflikte bewältigen und konstruktiv nutzen zu können.

Bei der Titelwahl der „Erbfreundschaft“ schwingt der Begriff der „Erbfeindschaft“ mit. Dass diese eine Erfindung des 19. Jahrhunderts war, sollte heute allgemein bekannt sein.

Die Ausführungen Hudemanns über die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 sind dreigeteilt. Der erste Teil (Impressionen) erinnert an die unmittelbare Nachkriegszeit, nicht zuletzt auch an Fehlwahrnehmungen und Vorurteile, die mit der französischen Besatzungsmacht verbunden waren und nicht selten noch sind. Im zweiten Teil werden Impressionen zu „Strukturen“ systematisiert, für die die Stichworte Sicherheitspolitik, Frankreichs Großmachtstreben und nicht zuletzt „Europa“ stehen. Deutlich wird, dass Frankreich klare Ziele verfolgte, umgekehrt die junge Bundesrepublik allerdings auch. In der frühen Phase der europäischen Integration griffen demnach

Interessenpolitik einerseits und Europabegeisterung andererseits eng ineinander. Das Aufzeigen von Strukturen und der sie kennzeichnenden Blockaden macht deutlich, dass die mit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages von 1963 beginnende Entwicklung, die vor allem im öffentlichen Bewusstsein verankert ist, eine lange Vorlaufzeit hat. Gerade die Vorgeschichte der im dritten Teil skizzierten „Erbfreundschaft“ zeigt, dass Freundschaft der Pflege bedarf, wenn sie Bestand haben soll.

Trier, im Mai 2005

Prof. Dr. Beatrix Bouvier

Leiterin des Museums/Studienzentrums

Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung

I. Impressionen

„Als Westeuropäer müssen wir trotz allem, was sich zwischen uns gestellt haben mag, zusammenarbeiten und uns gegenseitig verstehen.“

Der Satz stammt nicht aus dem Jahr des Maastrichter Vertrages 1992. Nicht aus der Krise der Europäischen Verfassung 2003. Nicht vom Abschluss des Elysée-Vertrages 1963. Und auch nicht aus den Tagen der Verkündung des Planes für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl durch den französischen Außenminister Robert Schuman am 8. Mai 1950. Er stammt aus der ersten Rede, die General de Gaulle als Chef der Provisorischen Regierung der Französischen Republik in Deutschland gehalten hat: am 3. Oktober 1945 in Saarbrücken.

„Wir sind hier unter Europäern, unter Angehörigen der westlichen Welt, und es gibt gute Gründe dafür, uns in besonderer Weise zu verstehen ... In diesem Land wie in vielen anderen, besonders in Frankreich, haben die Ereignisse es mit sich gebracht, dass wir uns verständigen müssen, um die allerwichtigste Arbeit voranbringen zu können: den Wiederaufbau. Ich weiß, dass diese Arbeit nicht rasch vorangehen wird, und das bedaure ich, doch ich weiß auch, dass die französische Besatzungsmacht wird daran, soweit es ihr nur möglich ist, mit aller Kraft mitarbeiten ... Frankreich ist nicht hier um zu nehmen, sondern um wiedererstehen zu lassen, und damit Sie mit ihm zusammen wiedererstehen.“

Das zweite Zitat stammt aus der zweiten Rede, die de Gaulle nach Kriegsende in Deutschland gehalten hat: am selben Tag, wenige Stunden später, in Trier. Die erste Rede wurde seinerzeit nur in Le Monde veröffentlicht, die zweite zwar nicht in seiner offiziellen Redensammlung, aber in seinen „Lettres et Carnets“ – eine sehr klare Wegbeschreibung für das, was ein Politiker, der immer noch weithin, jedoch irrtümlich als reiner Revanchist zu Kriegsende gilt, als Regierungsdirektive formuliert hat. Ähnliche Reden hielt de Gaulle in diesen Tagen in Koblenz, in Mainz, eine besonders wichtige Rede am nächsten Tag vor Repräsentanten des deutschen und französischen öffentlichen Lebens der französischen Süd-Zone in der Freiburger Universität:

„Wir müssen also gemeinsam ... an einer Sache arbeiten, die man Wiederaufbau nennt: das betrifft Baden ebenso wie Württemberg. Wenn ich von „reconstruction“ spreche, meine ich als erstes natürlich alles Materielle: den Wiederaufbau der Gebäude, die Ernährung der Bevölkerung, die wirtschaftliche Aktivität insgesamt. Ich spreche aber auch von allem, was den geistig-ethischen Bereich betrifft – das Erziehungswesen ebenso wie die Justiz, die Religion oder die Verwaltung.“

Schließlich sprach de Gaulle am 5. Oktober in Baden-Baden in gleichem Sinne vor den Chefs der französischen Ländermilitärregierungen und der zentralen Zonen-Militärregierung, welche seine Reden als amtliche Regierungsdirektiven verstanden und in den nächsten Monaten als solche in ihren internen Verwaltungsanweisungen behandelten.

Allein diese wenigen Sätze zeigen bereits, dass die Sache mit der Erbfreundschaft und der Erbfeindschaft nicht so einfach sein kann – dass nicht im Januar 1963 zwei Staatsmänner einfach auftraten und feststellten, in Europa habe künftig alles anders auszusehen und die „Erbfeindschaft“ zwischen Franzosen und Deutschen beendet zu sein. 1963 war entgegen einer verbreiteten Vorstellung kein Neuanfang, sondern das Ergebnis einer bereits fast zwanzigjährigen Entwicklung, also eine Etappe im deutsch-französischen Verhältnis, welche weitaus kompliziertere Hintergründe als einen kurzfristigen Regierungsbeschluss hatte.

Die Situation nach Kriegsende ist den meisten Deutschen so in Erinnerung geblieben, wie es Fotos von den „Schwarzwaldhieben“ zeigen: abgeholzter Wald, dessen Bäume nach Frankreich exportiert worden sind, als Symbol für französische Ausplünderungspolitik. Dass sogar dieses scheinbar völlig offensichtliche Element der französischen Politik komplizierter war, habe ich selbst erst gesehen, als das Staatsarchiv Freiburg meinem Institut einmal überzählige alte Bücher schenkte. Unter ihnen befand sich ein Forsthandbuch. Und darin wurde die Geschichte der Borkenkäferplage in Südwestdeutschland zu und nach Kriegsende berichtet, deren verheerende Wirkungen ich zuvor nur aus zahlreichen Landtagsdebatten kannte. Es stellte sich heraus, dass ein guter Teil der Bäume nicht als französischer Export gefällt wurde, sondern dass dies eine der damals angewandten Methoden zur Vernichtung der Borkenkäfer war.

Natürlich haben die Franzosen viel Holz für den Export gefällt. Auch hierzu wies mich jedoch als Zeitzeuge der damalige Chef der Wirtschafts- und Finanzverwaltung und spätere französische Budget-Minister René Sergent 1984 darauf hin, dass er das Holz exportieren musste, um die Devisen für die Lebensmitteleinfuhren in die französische Zone zu verdienen,

und er damit – ebenso wie mit dem in der deutschen Öffentlichkeit ähnlich vehement beanspruchten Tabak – zumindest Güter exportiert habe, welche die Menschen nicht hätten essen können. Selbst hier, bei einem der scheinbar eindeutigsten Beispiele für Ausplünderung, zeigt sich die Ambivalenz dieser Zeit und die Vielschichtigkeit der Besatzungspolitik.

In der kollektiven Erinnerung ist gleichfalls die drakonische Aufsicht der Besatzungsmacht über das deutsche politische und wirtschaftliche Leben bis heute stark verankert. Auch in Trier war das nicht anders. Viele erinnern hier noch Dr. Rudolf Caspary und seine Frau Inge Caspary, die Theater- und Musik-Mäzene der Stadt und Besitzer der traditionsreichen Caspary-Brauerei. Rudolf Caspary konnte herrlich Geschichten erzählen, darunter die eines besonders gefürchteten lokalen Ernährungsoffiziers namens Schreiber zu Beginn der Besatzung. Sobald den Deutschen deutlich wurde, dass man – anders als vor Kriegsende – nun nicht mehr die Hinrichtung riskierte, wenn man etwas außerhalb der Vorschriften der Besatzungsmacht tat, begann sehr schnell der Schwarzmarkt zu entstehen. Während des Krieges hatte es ihn zwar im ganzen besetzten Europa gegeben, jedoch nicht in Deutschland, wo die Parteikontrolle und die Selbstdisziplinierung während des Krieges zu seiner Verhinderung zusammenwirkten. Doch nach Kriegsende konnte die Wirtschaft bis zur Währungs- und Wirtschaftsordnungsreform 1948/49 überhaupt nicht mehr anders funktionieren als über Kompensationshandel.

Wie machte man das, wenn man wie die Familie Caspary eine Bierbrauerei besaß? Dann tauschte man Bier ein gegen Fensterrahmen und Ziegelsteine, die man zur Reparatur der Bombenschäden an den Gebäuden brauchte. Natürlich war das streng verboten, es standen harte Strafen darauf, und grundsätzlich ließen die Alliierten die nationalsozialistischen Kontrollgesetze

gerade in diesem Bereich zunächst weiter gelten. Deshalb erschien besagter Monsieur Schreiber auf seiner Jagd nach illegalen Kompensationsgeschäften natürlich auch in der Firma Caspary. Was machte Rudolf Caspary? Er führte Monsieur Schreiber bei jedem Besuch freundlich in seine Hopfen- und Malz-Lager – und dort kapitulierte der Mann schließlich. Dass die Firma Produktion verschob, war klar; aber mit dem Beweis dafür war der Besatzungsoffizier in den riesigen Silos restlos überfordert. Er gab auf, die Firma konnte weiter kompensieren und ihre Gebäude wieder aufbauen. Manch anderer Trierer wird ähnliche Geschichten zu erzählen haben, wie man eine Militärregierung hereinlegen konnte – und über solche Geschichten blieb die harte französische Kontrolle über Jahrzehnte erst recht in der Erinnerung haften.

Es gibt aber auch Erinnerungen, die nicht in die Zeit gehören. Frau Inge Caspary hat uns damals höchst lebendig geschildert, wie die Marokkaner beim Einmarsch 1945 in fantastischen Trachten säbelschwingend auf ihren Schimmeln durch die Straßen von Trier galoppiert sind. Problem: Es gab 1945 marokkanische Truppen anfangs nur im Süden der französischen Zone, den Trierer Raum besetzten anfangs Amerikaner und dann vor allem kommunistische Truppen ehemaliger französischer Partisanen. Dass die eindrucksvolle alte Dame schwindelte, schied aus. Was war also passiert? In ihrer Erinnerung hatten sich das erste und das zweite Kriegsende überlagert: die Marokkaner existierten durchaus, aber im Winter 1918/19. Auch solche Irrtümer, die nach meiner Erfahrung bei Zeitzeugen ziemlich häufig waren, bringen wichtige Erklärungen für die kollektive Erinnerung: die Auseinandersetzungen nach dem I. Weltkrieg und der Ruhrkampf 1923 hatten eine Erwartungshaltung geprägt, die Franzosen würden sich nach 1945 sicherlich wieder genauso verhalten wie nach 1918. Wenn sie etwa ihre Fahne wie in

der Trierer Paulinstraße von Passanten (die daher eine Parallelstraße benutzten) grüßen ließen, war das auch so. Goebbels' Propaganda hatte solche Befürchtungen verstärkt, und da vielen Deutschen aus eigener Erfahrung klar war, welchen Vernichtungs- und Hungerkrieg man in Osteuropa geführt hatte, lag die Erwartung einer alliierten Rache zunächst wahrhaftig nicht fern. Auf wissenschaftlicher Ebene fand sich das dann einige Jahrzehnte lang als die Fehlannahme wieder, Frankreich habe 1945 schlicht die gleiche Politik wie 1919 wieder aufgenommen.

Noch ältere Erinnerungsmuster spielten hier hinein. In Heidelberg hießen Hunde, wie mir Werner Conze erzählte, noch in den 1950er Jahren „Melac“ nach einem General aus dem Pfälzischen Erbfolgekrieg, als 1689 das Heidelberger Schloss zerstört wurde. Gegenüber den Amerikanern fühlte man ohnehin eine zivilisatorische Überlegenheit, wie sie der Nationalsozialismus sehr nachhaltig verstärkt hatte: wenn Amerikaner sich ungewöhnlich verhielten, gehörte das gewissermaßen ins gewohnte Bild und wurde umso weniger dramatisiert, als sie mit Care-Paketen und Hoover-Schulspeisung großzügiger auftreten konnten als die selbst verarmten Franzosen. Bei Franzosen kamen weit stärker solch alte und uralte Reminiszenzen zur Wirkung. Für die Forschung heißt dies, dass Erinnerungen als solche richtig sein, aber die Gesamtsituation dennoch einseitig oder falsch interpretieren können – und den Gründen hierfür nachzugehen kann sehr spannend sein. Hier konnten die vielfältigen Methoden dafür nur angedeutet werden.

Mancher hatte 1945 auch die Bilder von deutschen Verbrechen in Frankreich vor Augen, etwa die Fotos von der Vernichtung der Bevölkerung des Dorfes Oradour-sur-Glane in Mittelfrankreich im Sommer 1944, wo zurückziehende Einheiten der SS-Division „Das Reich“ die Männer erschossen und Frauen und Kinder in der Kirche lebendig verbrannt hatten. Für die franzö-

sischen Besatzungssoldaten waren solche Bilder erst recht prägend. Gleiches galt für die zerstörten französischen Städte wie Caen oder St. Malo, welche auch dann, wenn die alliierte Luftwaffe sie zerstört hatte, in Schutt und Asche versunken waren aufgrund der deutschen Besatzung.

Am Anfang stand daher bei vielen französischen Soldaten und Besatzungsbeamten in der Tat im Mittelpunkt die Revanche für das, was Frankreich selbst erlitten hatte. Bemerkenswerterweise war nach meinem Eindruck diese Reaktion besonders stark bei solchen Besatzungsangehörigen, die durch ihre Kollaboration mit den Deutschen während des Krieges kompromittiert waren und vor diesem Hintergrund jetzt eine besonders harte Haltung an den Tag legten. Aber wie vielfältig die Situation tatsächlich war, zeigen allein schon die kurzen Eingangszitate von de Gaulle.

An der Spitze der Militärregierung in Deutschland stand General Pierre Koenig, der im Kampf gegen die deutschen Truppen einer der wichtigsten französischen Befehlshaber während des Krieges und seit 1944 Oberbefehlshaber der vereinten französischen Résistance-Truppen FFI gewesen war. Koenig schrieb drei Tage vor Weihnachten 1945 nach Paris einen Grundsatzbrief: Man könne das besetzte Deutschland nicht einfach ausbeuten, sonst würden die Menschen Hungers sterben, und auch wenn es auf Kosten des französischen Wiederaufbaus gehe, müsse Paris die Anforderungen von Lieferungen aus der Besatzungszone herunterschrauben. Der gleichfalls aus der Résistance kommende pfälzische Gouverneur Brozen-Favereau orderte nach einer Besichtigung des zerstörten Zweibrücken unverzüglich 750.000 Ziegelsteine für die Stadt. In solchen Schriftstücken und Entscheidungen, von denen es eine Fülle gibt, liegt ein Schlüssel für das Verständnis der Ambivalenz und der allmählich konstruktiveren Fortentwicklung der Besatzungsherrschaft: Viele

Besatzungsangehörige, die zunächst mit einer harten Haltung nach Deutschland gekommen waren, sahen sich unversehens amtlich für dieses Land verantwortlich. Zudem trat man mit dem Anspruch einer „Demokratisierung“ Deutschlands auf, wie man seit Herbst 1945 offiziell formulierte – und dazu passte eine Hungerpolitik als „Erfolgsbilanz“ nicht. Während des Krieges hatten die Deutschen etwa in der Ukraine und in Polen gegenüber der Weltöffentlichkeit noch viel halbwegs geheim halten können. Nach 1945 aber waren die Reporter der New York Times und anderer Blätter in Deutschland unterwegs und beobachteten das Vorgehen der Franzosen ebenso scharfen Auges wie die verbündeten alliierten Militärregierungen. Doch Engagement konnte noch viel weiter gehen: Da die französische Zone aufgrund ihres abenteuerlichen, militärischen Gesichtspunktes wie der Autobahn Karlsruhe-Ulm folgenden geografischen Zuschnitts von ihren meisten administrativen Zentren abgeschnitten war, mussten rasch neue Infrastrukturen geschaffen werden. Und jungen Beamten gab das Handlungsmöglichkeiten, die sie – auch das betonen viele Zeitzeugen – später so nie wieder haben sollten. Um so stärker prägten diese frühen Erfahrungen viele von ihnen. Mancher nutzte das intensiv, um eigene französische Reformvorstellungen in das besetzte Land zu tragen – die großen Sozialversicherungsreformen von 1945/46, um nur ein Beispiel zu nennen, gingen manche Probleme wie die Krankenversicherungsreform an, die in der aktuellen deutschen Politik erst seit 1994 wieder aufgegriffen wurden, jetzt allerdings mit breitem Echo.

Wollte man eine Erfolgsbilanz vorweisen, ging es 1945 nicht nur darum, die Bevölkerung nicht verhungern zu lassen. Wiederaufbau lag auch im eigenen Interesse. Die ersten Hochöfen sind im Nachkriegsdeutschland an der Saar wieder angeblasen worden. Erst wenn die Wirtschaft funktionierte und Deutschland

teilweise aus eigener Kraft zu existieren vermochte, konnte man realistischere auch nennenswerte Reparationen erwarten. Streitpunkt unter den Alliierten war vor und nach Kriegsende nicht, ob Deutschland ökonomisch weiterexistieren sollte, sondern auf welchem Niveau. Die erste Nummer der Militärzeitschrift für die französischen Soldaten brachte das Mitte November 1945 auf den Punkt: Eine Henne, die goldene Eier lege, dürfe man nicht schlachten. Das war das Signal an die Truppe: Sie war nicht im Land um zu zerstören. Zerstörung war mit dem eigenen politischen Anspruch ebenso wenig vereinbar wie mit dem ökonomischen Interesse Frankreichs. Oder wie de Gaulle das dem Landesgouverneur Hettier de Boislambert – einem besonders bärbeißig auftretenden Mann, der sehr viel Konstruktives für „sein“ Land geleistet hat – als Devise mit auf den Weg gab, als dieser im Herbst 1945 nach Rheinland-Pfalz aufbrach: „Behalten Sie immer im Kopf: Ohne Deutschland werden wir nicht Europa schaffen können.“

Solche Zitate muss man vor dem Hintergrund der tatsächlichen französischen Politik in dieser Zeit ernst nehmen. Als ein Symbol stehen dafür etwa die beiden Zeitschriften mit identischem Titel, „Documents“ und „Dokumente“, die seit August 1945 erscheinen und bis heute zwei der wichtigsten kulturpolitischen Zeitschriften im deutsch-französischen Bereich sind. Sie begannen kurz nach Kriegsende darüber zu informieren, was weit über Frankreich hinaus in der Welt in der politischen und kulturpolitischen Diskussion vor sich ging, und sie symbolisierten damit eines der Kernprinzipien französischer Kulturpolitik in Deutschland: Öffnung zur Welt. Das wurde von Zehntausenden von Deutschen enthusiastisch begrüßt. Ein anderes Beispiel ist Alfred Grosser, der 1947 im Alter von 22 Jahren erstmals durch die Besatzungszonen eine Vortragsreise unternahm und am Hamburger Bahnhof von dem Abgesandten des Senats, der ihn

abholte, gefragt wurde, ob er der Sohn des Vortragenden sei: Damals begann er seinen bis heute mit stets der gleichen Energie weitergeführten Feldzug, beide Seiten zur Selbstkritik aufzurufen und auf diese Weise Mittlerstrukturen zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen, wie das der kürzlich verstorbene Joseph Rovin in dieser frühen Zeit in der Baden-Badener Militärregierung als Verantwortlicher für die Erwachsenenbildung in der gesamten Zone getan hat.

Einen weiteren Typus so früher Aktivitäten repräsentiert die Fülle von Ausstellungen, welche die Militärregierung in einem weiten Feld von der Weimarer Klassik über Jahrestage deutscher demokratischer Traditionen und deutsch-französischer gemeinschaftlicher Vermächtnisse bis hin zur modernen Kunst organisierte und für die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen nutzte. Martin Schieder, der hier in Trier aufgewachsen ist, hat in Berlin kürzlich seine Habilitationsschrift über die französischen Kunstausstellungen abgeschlossen und eine spannende kleine Vorpublikation dafür vorgelegt: Überall bei diesen Ausstellungen wurde intern und öffentlich das Demokratisierungsziel ganz klar als Kernanliegen formuliert. Man ging zwar nicht bis in die allerneueste französische Gegenwartskunst der Abstrakten. Doch war moderne französische Kunst ein ausgesprochener Schwerpunkt. Matisse und Chagall stellten selbst Bilder aus ihren Ateliers zur Verfügung, Picassos Galerist Kahnweiler gehörte zu den wichtigsten Organisatoren. Einzelne Ausstellungen zogen über 100.000 Besucher in der französischen Zone, in Norddeutschland, Berlin und bis nach Wien hin an. Große Finanzmittel wurden dafür aufgewandt. Nach 1951 wandelten diese Ausstellungen ihren Charakter, es trat nun weniger die missionarisch geprägte französische Ausstrahlung in den Mittelpunkt, sondern zwischen beiden Ländern und seinen Kultur-Funktionären bildete sich ein partnerschaftliches Verhältnis heraus.

Solcher Partnerschaft galt auch das erste große deutsch-europäische Jugendtreffen, das 1951 auf der Loreley in der ehemaligen französischen Besatzungszone stattfand und guten Teils von den französischen Kulturoffizieren organisiert wurde, welche eine solche Jugendpolitik seit Jahren betrieben hatten: Ein Neuanfang von der Basis aus, die man seit 1945 gelegt hatte, als man begann, mit Führern der Hitlerjugend zu diskutieren, also mit Menschen, bei denen – wie Alfred Grosser als einer der damals Beteiligten das noch vor kurzem in einem Vortrag in Metz formulierte – völlig klar war, dass sie ein Jahr vorher durchaus auch noch Menschen ins Krematorium geschoben hätten, wenn man es ihnen befohlen hätte. 1945 sagten kluge Franzosen: Gerade mit solchen Führungspersönlichkeiten müssen wir in Kontakt kommen, müssen ihnen klar machen, was sie getan haben und wie die zivilisierte Welt tatsächlich aussieht.

So viel zunächst als einige Impressionen aus der frühen Zeit. Impressionen, welche schon zeigen, dass eine Aussöhnung zwischen „Erbfeinden“ wie die zwischen Adenauer und de Gaulle nicht über Nacht kam, und das auch abgesehen davon, dass de Gaulle unter diesen Gesichtspunkten 1945 ohnehin schon ähnliche Reden gehalten hat wie 1963.

II. Strukturen

Die Impressionen seien nun ein wenig systematisiert und in den Zusammenhang weiterer Bereiche gestellt: Wie entstehen Strukturen für eine langfristig angelegte, oder auch ungewollt langfristig wirksam werdende Politik? Wieder muss ich etwas schablonenhaft zuspitzen, ohne Details der sehr vielfältigen Beziehungen in diesem Rahmen hinreichend ausleuchten zu können.

Der Schuman-Plan und die Unterzeichnung des Vertrags über die Montanunion 1950/51 gründeten auf Überlegungen der Zwischenkriegszeit über eine sektoral begrenzte Integration wichtiger europäischer Industrien und auf Plänen, die vor allem der Inspirator der Montanunion, Jean Monnet, bereits seit de Gaulles Exilregierung in Algier 1943 ausgearbeitet hatte: Zentralproblem war die ökonomische und damit politische Einbindung Deutschlands in das Nachkriegseuropa. Das bezeichnet ein Leitmotiv der französischen Politik: den Zusammenhang von Sicherheitspolitik, Großmacht-politik und Europapolitik. Noch immer kann man, wie gesagt, gelegentlich lesen, die Franzosen hätten 1945 die gleiche „unbarmherzige Reparations- und Sicherheitspolitik“ gegenüber Deutschland begonnen, wie sie nach 1919 im Mittelpunkt stand. Ein wenig sarkastisch könnte man zu solchen Vereinfachungen sagen: Sogar die Franzosen haben gemerkt, dass die Versailler Ordnung fehlgeschlagen und inzwischen ein weiterer Weltkrieg gekommen war. Wissenschaftlicher formuliert: 1945 wurde eine in ihren Grundzügen für den Rest des Jahrhunderts gültige neue Form französischer Sicherheitspolitik entworfen.

Erstes Stichwort also: Sicherheitspolitik. Sie fragte zunächst nach eigenen transnationalen Verflechtungs-Interessen. Und sie fragte nach Problemen, die aus deutscher Perspektive absurd

erscheinen mögen, aber nichtsdestoweniger erhebliches politisches Gewicht erhielten: nach der deutschen Seele, nach dem vermuteten aggressiv-militaristischen Charakter des Preußentums, nach der Aggressivität der Deutschen von ihrem Volksscharakter her, nach ihrer obrigkeitsstaatlichen Gesinnung. Worauf es hier ankommt, sind nicht die Inhalte, sondern die Wirkungen. Und diese Wirkungen standen schon in der ersten geheimen Spitzendirektive der französischen Regierung für die Befehlshaber in den Zonen in Deutschland und Österreich, die unter dem Vorsitz von General de Gaulle persönlich am 20. Juli 1945 verabschiedet wurde, allerdings jahrzehntelang geheim geblieben ist. Die Sprache war zum Teil noch alt, die Inhalte aber wandelten sich bereits. Zu diesem Zeitpunkt marschierten die Franzosen gerade erst in ihre Zone ein, die in ihrem Nordteil im Wesentlichen von Amerikanern und Engländern erobert worden war. Doch schon am 20. Juli unterschied die Pariser Regierung „Hitlerismus“ von „Prussianisme“ und konstatierte, man müsse beides bekämpfen.

Das ist der Grund dafür, dass beispielsweise in die Kulturpolitik bald so viel investiert wurde: Wenn man einen Volksscharakter ändern und die Deutschen zu Demokraten machen wollte, genügte es nicht, ihnen ihre wirtschaftlichen Produktionsmittel wegzunehmen und sie am Reisen durch ihr Land zu hindern – man musste im Gegenteil konstruktiv arbeiten. Insofern war die französische Politik im Kulturbereich oder in der ökonomisch besonders relevanten Sozialpolitik nicht nur eine Übertünchung der harten Realitäten, wie in seinen wissenschaftlichen Publikationen selbst ein großer Historiker und Politikwissenschaftler wie Theodor Eschenburg meinte, der als stellvertretender Innenminister in Württemberg-Hohenzollern nach dem Krieg permanent harte Konflikte mit der Besatzungsmacht ausgefochten

hatte und als Zeitzeuge dadurch geprägt blieb. Tatsächlich war dies alles vielmehr Bestandteil einer zunehmend ausdifferenzierten, natürlich auch auf viele Widerstände treffenden Politik. Demokratisierung wurde hier allmählich systematisch dafür eingesetzt zu verhindern, dass ein viertes Mal innerhalb von drei Generationen – so sah man es in Frankreich – ein Krieg von Deutschland ausgehen würde. Insofern, als Deutschland bislang einen dritten Weltkrieg nicht begonnen hat, ist diese Politik ja vielleicht auch nicht völlig fehlgeschlagen. Sicherheitspolitik bedeutete also einerseits strikte Kontrolle Deutschlands und andererseits Veränderung des deutschen Volkscharakters sowie Zusammenarbeit mit den Deutschen, um neuen Angriffsabsichten die Grundlage von innen heraus zu entziehen.

Zweites Stichwort: Frankreichs Großmachtstreben. Schon die berühmten ersten Sätze der Memoiren von de Gaulle riefen dies als vorrangiges Ziel in Erinnerung. Doch wie waren Großmacht und Sicherheit 1945 durchzusetzen? Das führt zurück zu meinen Rekonstruktionszitaten am Anfang: Frankreich musste wieder aufgebaut werden. Doch aus eigenen Mitteln, nach dem Einsatz für die deutsche Kriegführung und Volkswirtschaft und angesichts der Verwüstungen in Städten und Landschaften, war dies nicht zu bewerkstelligen. Devisen hatte Frankreich in dieser Zeit ebenso wenig wie Deutschland oder England. Die berühmte „Dollarlücke“ beeinträchtigte den Wiederaufbau zunächst in ganz Europa.

Was brauchte Frankreich, um seine Großmachtstellung zu behalten – oder eher: wiederherzustellen? Jean Monnet hatte es in der französischen Exilregierung in Algier schon 1943 ausgeführt: Es brauchte die Rohstoffe und die Absatzmärkte der Nachbarn. Das gab das dritte Stichwort: Europa. Der wichtigste Nachbar in Europa, so hatte de Gaulle es Hettier de Boisland mit auf den Weg nach Rheinland-Pfalz gegeben, war Deutschland.

Mit Deutschland musste man also in irgendeiner Form zur Kooperation kommen. Hier fließt zusammen, was Monnet vor allem im Sinn hatte: die in der Zwischenkriegszeit nur in Teilsektoren erfolgte, machtpolitisch unentbehrliche Modernisierung der französischen Wirtschaft war nicht zu trennen von einem europäisch strukturierten und vernetzten Sicherheitskonzept. Junge französische Wirtschaftsfachleute, die solche Analysen bereits vor Kriegsbeginn entwickelt hatten, stiegen über die Résistance in Führungspositionen der Nachkriegszeit auf. Monnet wurde Chef des neuen Planungskommissariats, das alles andere als eine sozialistische Planwirtschaft – wie bisweilen vermutet – betrieb, sondern eine sektorielle staatliche Konjunkturpolitik, die entsprechend den jeweiligen ökonomischen Prioritäten im Fünfjahresrhythmus neu formuliert und zielgerichtet ins Werk gesetzt wurde.

Hinter dem Schuman-Plan für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl standen nicht nur die Friedenssehnsucht und der Europa-Enthusiasmus nach dem Desaster des Krieges, für welche er bis heute als Symbol steht. Aus französischer Sicht war ebenso das Sicherheitsstreben bestimmend. Nachdem die USA eine zu direkte Kontrolle der Deutschen – wie sie sich im internationalen Ruhrstatut 1949 niederschlug – politisch nicht mehr wünschten und nach dem Ausbruch des Koreakriegs 1950 verstärkt einen deutschen Wehrbeitrag einforderten, wurde die Montanunion zur neuen Formel, um die Kontrolle der Ruhr gemeinsam mit den Beneluxländern und Italien zu gewährleisten.

Dieses Verständnis von Sicherheitspolitik ist, bei Wandlungen in Einzelheiten, in Konzeption wie Praxis der französischen Politik seit 1945 angelegt, es wurde 1950/51 mit dem Schuman-Plan und seiner Realisierung in der Montanunion weiter ausformuliert und blieb bis heute ein grundsätzlicher Faktor der

französischen Außenpolitik: Kooperation hat immer auch Kontrollcharakter. Auch deshalb trägt dieser Vortrag eine Überschrift mit Fragezeichen.

Vieles scheinbar Gegensätzliche liegt in diesen Konzepten dicht beieinander, und aus der damit verbundenen Ambivalenz erklärt sich die eigentliche Dynamik der politischen und besonders der europapolitischen Entwicklung. Die Kontrolle der Deutschen wurde für die französische Politik zum zentralen Antrieb dafür, eine aktive Europapolitik zu betreiben. Das erklärt, warum es die Franzosen waren, die im und nach dem Krieg an sich als besonders nationalistisch erschienen, aber 1949/50 die aktivste europäische Nation im Hinblick auf den Weg zu einem integrierten Europa wurden.

Sicherheitspolitische Grundlegung der Großmachtposition Frankreichs ist der eine Zusammenhang zwischen den drei genannten Kernbegriffen. Der andere Zusammenhang ist die Vernetzung mit der ökonomischen Modernisierung in den Jahren des Wiederaufbaus. „Reconstruction“, wie de Gaulle auch in Saarbrücken und Trier sagte, wurde ein Leitbegriff der französischen Politik dieser Jahre. Er bedeutete im Verständnis der französischen Führung aber nicht einfach Wiederaufbau von Zerstörtem, sondern zugleich die Schaffung einer konkurrenzfähigen französischen Wirtschaft. Doch wie sollte man die französische Industrie dazu zwingen, konkurrenzfähig zu werden und nicht stets auf das Kolonialreich zu blicken, wo die armen Bevölkerungen in Asien und Afrika kaum eine andere Wahl hatten, als ihre Produktion unabhängig von der Qualität zu den vorgeschriebenen Preisen abzukaufen? Waren, mit denen Frankreich in Amerika, in Japan und in den aufstrebenden Industrienationen häufig kaum konkurrenzfähig war? Das Kolonialreich, so unentbehrlich es 1945 für die Großmachtposition Frankreichs auch erschien, wirkte insofern eher als ein – für den Steuer-

zahler zudem extrem teures – Hindernis für die Modernisierung vieler Wirtschaftssektoren. Wollte man die französische Wirtschaft zu einer aktiven Modernisierungspolitik zwingen, so die Überlegung von Monnet, dann musste man die Märkte öffnen, und zwar zu den Industriestaaten. Auch das stand hinter dem Schuman-Plan und hinter einer Fülle europapolitischer Maßnahmen der Franzosen in den folgenden Jahren, und zusätzlich zur Furcht vor den Deutschen motivierte es einen Teil der harten innenpolitischen Widerstände gegen diese Politik in den Sektoren, denen der Zwang galt.

Unter all diesen Gesichtspunkten gehören Sicherheit, Großmacht und Europa zusammen: Man blieb nur Großmacht, wenn man sich nicht auf das Hexagon beschränkte, sondern mit den Nachbarn einschließlich der Deutschen zusammenarbeitete.

Umgekehrt verfolgte auf der bundesdeutschen Seite der Bundeskanzler ähnliche klare Ziele: die deutsche Beteiligung an den Entscheidungen über die Ruhrkohle. Nach dem 1949 geschaffenen internationalen Ruhrstatut saßen die Deutschen nicht in den Führungsgremien – wohl aber im Schuman-Plan, hier waren sie wieder gleichberechtigt und erhielten den Zugriff auf ihre Kohle und ihre Stahlindustrie. Und Adenauer wollte die internationale Anerkennung der Bundesrepublik vorantreiben – seine berühmte Politik der kleinen Schritte.

Klare Interessenpolitik einerseits und Europaenthusiasmus nach den Verwüstungen des Krieges auf der anderen Seite griffen in den frühen Phasen der europäischen Integration also eng ineinander. Jean Monnet, der besonders stark supranational orientierte Ziele verfolgte, wurde bald in der Öffentlichkeit neben dem Franzosen Robert Schuman, dem Italiener Alcide de Gasperi und dem Deutschen Konrad Adenauer zu einer weiteren Symbolfigur der europäischen Integration. 1951 wurde er erster Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, bis er 1955

zurücktrat, weil faktisch die Entwicklung nach seinem Urteil zu stark in nationalstaatliche Strukturen zurückführte und er mehr persönlichen Handlungsspielraum wünschte. Dieses Bild des enthusiastischen Europapolitikers hat sich dauerhaft eingepreßt. Tatsächlich ist er ein hochqualifizierter Finanzexperte aus dem Bankensektor gewesen mit hervorragenden transatlantischen Verbindungen. Die starke emotionale Beziehung zu einer europäischen Integration teilte er mit Robert Schuman, aber eine solche emotionale Fundierung reichte zur Ausformulierung und vor allem zur Durchsetzung einer dauerhaften Politik allein nicht aus: Interessen und Ideen müssen sich verbinden. Insofern bildete gerade die Vernetzung von neu formulierter Sicherheitspolitik und Großmachtspolitik, die in ihrer Grundkonstellation für das nächste halbe Jahrhundert Geltung behielt, in dieser Vielfältigkeit und diesen inneren Spannungen den Hintergrund der Dynamik, welche die französische Europapolitik zunächst auf der wirtschaftlichen Ebene bis zur Schaffung der EWG 1957/58 entfaltete und später wieder in den 1970er und 1980er Jahren bis hin zum Vertrag von Maastricht 1992.

Natürlich bremsten Blockaden immer wieder diesen Weg. Zunächst war es 1954 die deutsche Wiederaufrüstung, gegen die sich im Verlauf der Jahre 1952 bis 1954 von den Kommunisten bis zu den Gaullisten eine durch alle Parteien gehende innerfranzösische Widerstandsfront bildete, obwohl gerade Frankreich die europäische Armee und Verteidigungsgemeinschaft 1952 vorgeschlagen hatte. Zu ihrem Fehlschlag trugen auch innere Widersprüche bei, so der französische Wunsch, einen deutschen Oberbefehl in der geplanten europäischen Armee zu verhindern, zugleich aber aufgrund der nicht dieser Armee unterstellten Kolonialtruppen letztlich in Europa zu wenig eigene Streitkräfte bereitstellen zu können, um sich den Oberbefehl selbst dauerhaft sichern zu können: Die schwierige

Lage im Kolonialreich mit dem erst 1954 – und durch eine französische Niederlage – beendeten Indochinakrieg und mit den beginnenden Unruhen in Algerien, die in der Nacht zum 1. November 1954 zum offenen Guerillakrieg eskalierten, wirkte auf die Europapolitik auch in solchen scheinbar technischen Details als blockierende Elemente direkt zurück. Plakate mit den Namen deutscher Konzentrationslager, mit den Orten der deutschen Massaker in Frankreich wie in Oradour-sur-Glane und der Geiseler-schießungen wie in Chateaubriand, mit den Köpfen anstürmender deutscher SS-Soldaten vor dem Hintergrund des Straßburger Münsters und ähnliche Motive verliehen den Befürchtungen damals dramatischen Ausdruck.

Ein zweites komplexes Bündel von Blockadefaktoren verkörperte die Saar. Von den in der französischen Öffentlichkeit und im Parlament allenthalben erhobenen, geradezu selbstverständlichen Annexionserwartungen war de Gaulle als Regierungschef spätestens im Sommer 1945 abgerückt. Die Pläne für die politische Zukunft der Saar blieben daraufhin auf Jahre hinaus unklar. Klar aber war eines: man wollte den Zugriff auf das Wirtschaftspotenzial, den man rasch faktisch und 1947 formell mit der Zoll- und Wirtschaftsunion realisierte. Die Briten und Amerikaner signalisierten seit Frühjahr 1946 hierzu intern Zustimmung. Die Kulturpolitik erhielt nun in dem Versuch, die Saar-Bevölkerung mittel- oder langfristige zu einem eigenen Bekenntnis für Frankreich zu gewinnen, einen hohen Stellenwert. Die Grundlagen für eine Autonomie des kleinen Territoriums suchte man 1947/48 durch die Verbesserung der Aufstiegschancen bodenständiger Eliten mittels der Gründung einer eigenen Universität zu festigen; bis Ende der 1990er Jahre, als auch andere Universitäten sich zunehmend internationalisierten, blieb sie nach vielen Parametern die internationalste Universität der Bundesrepublik. Gegen Pariser Vorgaben, die sich eher an Pro-

tektoratsverfassungen orientierten, setzte Landesgouverneur Gilbert Grandval mit den deutschen politischen Kräften aber 1947 eine an gleichzeitigen deutschen Vorbildern orientierte Landesverfassung durch, die bei der Angliederung an die Bundesrepublik 1957 nur in Detailpunkten sowie in den Grundsatzformulierungen zum Wirtschaftsanschluss revidiert zu werden brauchte.

Die jahrelang sehr breite Unterstützung für die Position der Franzosen und der semi-autonomen Regierungen von Johannes Hoffmann schwand aber zusehends ab 1953. Dazu trugen die politische und ökonomische Konsolidierung der Bundesrepublik ebenso bei wie die als Kontrast dazu perzipierte Instabilität der französischen Regierungen und langsamere Rekonstruktion in Frankreich. Die Großmachtposition geriet im Kolonialreich zusehends ins Wanken. Und die anfangs erfolgreiche Europa-Politik schien mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im französischen Parlament am 30. August 1954 in eine Sackgasse gelaufen zu sein. Dass ein neuer Elan schon 1956/57 die Entwicklung wieder verstärkt in Gang bringen würde, wusste man 1954/55 noch nicht. Im Innern der Saar wuchs der Widerstand wichtiger politischer Kräfte, so durch Verbot oder Nicht-Zulassung von Parteien, welche den in der Verfassung festgeschriebenen Wirtschaftsanschluss an Frankreich ablehnten. Die saarländische Sozialpolitik dieser Jahre war zwar vorbildlich und auch der Bundesrepublik in vielem überlegen; da – im Gegensatz zur französischen Besatzungszone – Mitbestimmung jedoch nach französischem Vorbild nicht gewährt wurde, machte man sich trotzdem die Gewerkschaften zu mächtigen Gegnern. Obwohl die Frankreich-Orientierung sämtliche politischen Kräfte prägte, spitzte sich so der Abstimmungskampf über das geplante Europa-Statut im Sommer 1955 zu scheinbaren deutsch-französischen Gegensätzen zu. Dass noch ein

Drittel der Abstimmenden für das Europa-Statut votierte, war angesichts des politischen Kontextes ein hoher Anteil – und spiegelte indirekt trotz der Niederlage bereits wieder, dass das Saarland in den folgenden Jahrzehnten weiterhin vielfältige Brückenfunktionen zwischen beiden Ländern wahrnehmen sollte. Als Blockadefaktor war das Problem mit der sofortigen französischen Erklärung in der Abstimmungsnacht des 23. Oktober 1955, man werde einer Angliederung an die Bundesrepublik zustimmen, aus der europäischen Politik verschwunden.

III. Erbfreundschaft?

Was wurde aus solchen Strukturen, als die größten institutionellen Blockaden sich zu lösen begannen?

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich trat nach den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 und nach der Saar-Abstimmung genau ein Jahr darauf in der Tat in eine qualitativ neue Epoche ein. Französische Europa-Politik war bis dahin primär an multilateralen Konzepten orientiert. Jetzt gewann die bilaterale deutsch-französische Zusammenarbeit in Abkommen und im politischen Alltag konkrete eigenständige Konturen und wurde zu einem Kern nicht mehr nur der französischen Sorgen, sondern auch der Europa-Kooperationsnetze. Der bilaterale Kern in den multilateralen Netzwerken kennzeichnete seit Oktober 1954 das deutsch-französische Verhältnis künftig bis zum 2+4-Vertrag 1990 und zum europäischen Verfassungsvertrag 2004, dessen weiteres Schicksal zum Zeitpunkt dieses Vortrags noch offen ist. War das der Übergang von einer „Erbfeindschaft“ zu einer „Erbfreundschaft“?

Selten in den folgenden beiden Jahrzehnten war die deutsch-französische Kooperation so eng und effizient wie 1956/57, als man gemeinsam eine prägende Rolle bei der Ausarbeitung der Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom übernahm. Das war um so eindrucksvoller, als die Interessengegensätze zwischen französischer Priorität für die Atom-Kooperation und bundesdeutschem Vorrang für die Wirtschaftsgemeinschaft groß waren.

Jetzt begann man die Ernte der konfliktreichen frühen Nachkriegsjahre einzufahren, in denen sich – um eine in etwas anderem Kontext von Alfred Grosser geprägte Formulierung aufzugreifen – ein breit gestreutes und vernetztes „capital humain“ herausgebildet hatte: Menschen, welche über vielfältige Formen

deutsch-französischer Sozialisation in einem oft wichtigen Abschnitt ihres Lebens und ihrer Karriere verfügten. Nicht nur in Theatern und Ausstellungen war man sich begegnet, sondern man hatte gerade auch in den Auseinandersetzungen der Nachkriegsjahre und in den oft harten Kontroll-Situationen eng zusammenarbeiten müssen und sich dabei kennengelernt. Mittel- und langfristig zeitigte das nun konstruktive Wirkungen, und das oft auch dort, wo tiefes Misstrauen oder gar Feindschaft am Anfang gestanden hatten.

Einfach wurde das auch weiterhin keineswegs. An ihre vergleichsweise opulenten Besatzungsjahre dachten Berufsmilitärs später sehr gerne zurück. Engerer Kontakt mit der deutschen Bevölkerung war damals allerdings weniger die Sache der Militärs als derjenigen Besatzungsangehörigen, welche für die Zivilverwaltung zuständig waren, in etwas anderen Uniformen mit assimilierten Militärgraden steckten und von den Deutschen deshalb oft gleichfalls für Militärs gehalten wurden. Hier in Trier, der jahrzehntelang größten französischen Garnison nach Paris, blieben die französischen Militärs lange buchstäblich in ihren Kasernen, bis eigentlich erst ab Mitte der 1970er Jahre Oberbürgermeister Carl-Ludwig Wagner und französische Kommandanten wie die Generäle Boone, Boidot und Belfayol oder der damalige Oberst und spätere General Pennachioni vielfältige Initiativen zur Vernetzung mit der deutschen Zivilgesellschaft einleiteten, vor allem auf der Ebene der jungen Militärs, Wehrpflichtigen und Studierenden. Phantasievolle Persönlichkeiten wirkten im Alltag immer wieder weichenstellend, die Ambivalenz des deutsch-französischen Alltags blieb gerade in Trier allgegenwärtig, auch hier ergab sich nichts von selbst, sondern bedurfte der Überwindung von mancherlei Hindernissen.

Auf der höheren politischen Ebene sah es in dieser Hinsicht nicht grundsätzlich anders aus als auf derjenigen der Zivilge-

sellschaft, wengleich die auflebenden Städte- und Schulpartnerschaften hier ein harmonischeres Bild suggerierten. Als de Gaulles Doppelpolitik der deutsch-französischen Annäherung einerseits und der Durchsetzung eines Triumvirates Frankreich-Großbritannien-USA als Führung der NATO andererseits auf der NATO-Ebene 1962 scheiterte, schien der Elysee-Vertrag 1963, es wurde bereits gesagt, eine neue Epoche einzuläuten. Eine Fülle von Karikaturen dieser Jahre spiegelten das wider – viele aber auch die Skepsis, ob die Bundesrepublik nicht doch nur als ein Junior-Partner in dem Tandem gedacht war.

Tatsächlich schrieb der Vertrag im wesentlichen zunächst die Kooperationsstrukturen fest, die sich in der Praxis bereits seit 1956 herausgebildet hatten. Und so schlecht wie nach Vertragsabschluss wurden die deutsch-französischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts selten. De Gaulle war zwar nicht überrascht von der die deutsch-amerikanischen Prioritäten markierenden Präambel, welche der Bundestag dem Vertrag bei der Ratifizierung voranstellte, aber er war zutiefst verärgert. Das deutsch-amerikanische Zusammengehen in der Frage der Mittelstreckenraketen trug den Struktur-Konflikt, den man in der Bundesrepublik politisch mit den Begriffen der „Gaullisten“ und der „Atlantiker“ apostrophierte, 1964 auf die militärische Ebene. Einer 1957 geheim angedachten deutschen Beteiligung an der Atom-Bewaffnung hatte de Gaulle 1958 schon sofort nach seinem Regierungsantritt einen Riegel vorgeschoben. 1966 demonstrierte er mit dem Austritt aus dem militärischen Verbund der NATO erneut Frankreichs Eigenständigkeit, und seine Nachfolger gingen erst gegen Jahrhundertende an kleine Schritte, um das langsam wieder zu ändern. In der Europa-Politik diente die Agrarfrage zur Machtdemonstration mit der Politik des „leeren Stuhls“, mit welcher Frankreich 1966 die Entscheidungen der Europäischen Kommission ein halbes Jahr lang

blockieren sollte. Tatsächlich blieb bis um 1980 das Deutsch-Französische Jugendwerk die konkreteste und effizienteste direkte Folge des Elysée-Vertrages von 1963, die meisten anderen Bestimmungen wurden mehr oder weniger locker von Zeit zu Zeit genutzt oder gar auf Eis gelegt.

Auf der gesellschaftlichen Ebene erschien Dany le Rouge 1968 als einer der vielen Kristallisationspunkte, an denen das weiterhin komplizierte Verhältnis zum Nachbarn deutlich wurde. Wenn schon Revolution, dann war dies seit 1789 ein Privileg der Franzosen – einen deutschen Studenten zu ihrem Anführer zu machen war mit alter jakobinisch-missionarischer Tradition ebensowenig vereinbar wie mit der Vorstellung politisch-gesellschaftlicher Eigenbestimmung. Im übrigen hatte man mit den Revolutionen 1789 und 1848 eigentlich auf diesem Sektor ohnehin genug geleistet, revolutionär war das Land nicht mehr gestimmt.

Zaghafte begann eine deutsch-französische Motor-Rolle auf der finanzpolitischen Ebene seit de Gaulles Rücktritt 1969 mit den Versuchen, in der europäischen Währungsintegration voranzukommen. Währungsschlange 1972 und Europäisches Währungssystem 1979 waren technisch noch unvollkommene Stabilisierungsversuche, sie zeigten politisch aber vor allem im Tandem Giscard d'Estaing – Helmut Schmidt die Bedeutung der Durchsetzungsfähigkeit von Staatsmännern, um mittelfristige Struktur Tendenzen in politische Entscheidungen umzusetzen. Der Durchsetzung der Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 waren gleichfalls jahrelange innenpolitische Auseinandersetzungen gerade in Frankreich vorangegangen, die im Ergebnis eine Erweiterung der Entscheidungskompetenzen des Parlaments erneut stark bremsen – auch hier war es die Entscheidung der politischen Führung, welche wenigstens diese Etappe ermöglichte. Anders formuliert: Nie lagen, in all diesen strukturfor-

menden Entscheidungen der 1970er und 1980er Jahre, die beiden Länder innenpolitisch auf einer klaren Linie im Hinblick auf die Kooperation mit dem andern im europäischen Rahmen. Aber sie fanden auf der Regierungsebene immer wieder in ihre Motoren-Rolle zurück, für die sich allmählich der Begriff des „Kern-Europa“ verbreitete. Und seit Anfang der 1980er Jahre wurden die im Vertrag von 1963 vorgesehenen bilateralen ständigen Konsultationsstrukturen auch zunehmend in der Praxis genutzt und verankert. Diplomatengruppen absolvierten einen Teil ihrer Ausbildung im jeweils anderen Außenministerium, die in Frankreich den Weg zu Spitzenkarrieren öffnende Ecole Nationale d'Administration ENA nahm jährlich einige deutsche Verwaltungsbeamte auf. Der Alltag machte Fortschritte.

Dass der Boden trotzdem noch hohl blieb, erwies die Wirkung der deutsche Vereinigung 1989/90. Plötzlich brachen all die alten Ängste vor deutscher Großmacht und möglicher Aggressivität wieder auf. Städtepartnerschaften hatten sie überdeckt, aber nicht bewältigt. Beim Sturz der Mauer zeigt der französische Fernsehsender Antenne 2 in der Tagesschau eine Sequenz des Brandenburger Tores unter Bismarck, mit Hitler und 1989 – mit klarer politischer Botschaft.

Wie so oft im deutsch-französischen Verhältnis, war die Wirkung aber, so scheint mir, wieder paradox: Man hatte plötzlich wieder so viel Angst vor dem Nachbarn, dass man begann, sich über ihn zu informieren. Nie gekannte Zahlen französischer Journalisten ließen sich in Deutschland akkreditieren. Die Journalisten-Seminare der Robert Bosch Stiftung begannen überzulaufen. Die Berichterstattung über Deutschland wurde nicht nur viel breiter. Vor allem löste sie sich nun aus den oft noch aus der Weimarer Republik überkommenen Analysekriterien, mit denen der in beiden Ländern oft irrtümlich für einen guten Deutschland-Kenner gehaltene französische Botschafter im NS-Berlin

und französische Hochkommissar ab 1949, André François-Poncet, schon in den fünfziger Jahren die deutsche Politik oft falsch analysierte und die bis in qualitative Spitzenblätter wie *Le Monde* hinein noch in den 1970er Jahren wirksam geblieben waren. Als Daniel Vernet, der Bonner Korrespondent von *Le Monde* und spätere Chefredakteur, 1977 den deutschen Terrorismus auf die Strukturen der deutschen Gesellschaft zurückführte, luden wir den Herausgeber Jacques Fauvet nach Trier zu einem Vortrag und einer Debatte über die Deutschlandberichterstattung ein; er kam zwar nicht selbst, schickte aber seinen Chefredakteur André Fontaine, der uns berichtete, er halte erstmals seit dem Krieg einen – im übrigen höchst spannenden – Vortrag in Deutschland. Solche Distanzen und solche Wertungen gingen nach 1990 zu Ende. Man erkannte in Frankreich nun auf breiter Front, dass das Nachkriegs-Deutschland eben doch ein ganz anderes war als das von 1932 – Alfred Grosser und Joseph Rovon hatten seit 1945 genau dafür gearbeitet.

Und die Strukturen des „capital humain“ wirkten in weitere Bereiche hinein. Die großen Belastungen, die sich für die europäischen Nachbarn nach 1990 aus der deutschen Hochzinspolitik zur Finanzierung der deutschen Einheit ergaben, hätten 1913 vermutlich zu gefährlichen internationalen Krisen beigetragen. 1991/92 wurden sie durch intensive gemeinsame Arbeit von Spitzenbeamten in beiden Ländern zunächst technisch bewältigt, unter ihnen der „halbe“ Saarländer François Villeroy de Galhau als im *Hôtel Matignon* des Premierministers für die Vorbereitung des Euro zuständiger Beamter. Und klar entscheidende Politiker fingen die Krisen auf dieser Basis politisch ab. Die Vernetzung der Administrationen hatte sich zu einem politisch wirksamen Strukturinstrument entwickelt, das in Krisenzeiten seine Bedeutung nunmehr diskret, aber höchst effizient unter Beweis stellte.

Krisen haben deutsch-französische Beziehungen auch in guten Zeiten immer von neuem ebenso charakterisiert, wie konstruktive Wirkungen aus harten Konfliktepochen hervorgehen konnten. Panik bei Krisen und Resignation bei Rückschlägen sind selten angebracht, Krisen gehören zum deutsch-französischen Verhältnis dazu. Die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ war bekanntlich eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Doch auch eine „Erbfreundschaft“ zwischen Michel und Marianne, wie Beatrix Bouvier sich den Titel dieses Vortrages gewünscht hat, ist absolut keine Selbstverständlichkeit. Für die deutsch-französische Freundschaft und erst recht für ihre Vererbung muss auf allen Ebenen ständig und in immer neuen Situationen phantasiereich und innovativ gearbeitet werden.



Das Geburtshaus von Karl Marx (1818-1883) gehört zu den besonderen Sehenswürdigkeiten der Stadt Trier. Das von der Friedrich-Ebert-Stiftung getragene barocke Bürgerhaus präsentiert eine Dauerausstellung zu Leben, Werk und Wirkung von Karl Marx und Friedrich Engels. Im nahegelegenen Studienzentrum steht zusätzlich eine große Spezialbibliothek zur Verfügung. www.fes.de/karl-marx-haus